

Beschlussfassung

Antifeminismus aufdecken und entgegentreten

Antifeminismus ist eine zentrale Grundlage rechter Mobilisierungsstrategien, die als besonders anschlussfähig und daher als verbindende ideologische Brücke zur gesellschaftlichen Mitte gilt. Dort gewinnen antifeministische Aussagen und Haltungen laut der Leipziger Autoritarismus-Studie zunehmend an Zuspruch. Antifeminismus dient somit nicht allein als Einfallstor zu Rechtsextremismus und Radikalisierungsprozessen, sondern trägt auch dazu bei, vielfaltsfeindliche Einstellungen und Ressentiments zu normalisieren sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie zu schwächen.

Bei der Verbreitung der demokratiefeindlichen Theorien des Antifeminismus kommt den Sozialen Medien und Bildungseinrichtungen eine besondere Rolle zu. Die antifeministische Einflussnahme reicht hier von vermeintlich harmlosen Beiträgen von Influencer*innen bis hin zu Eingriffen oder Attacken auf Lerninhalte und Lehrende. Die GEW Hessen setzt sich daher wie folgt dafür ein, emanzipatorische Errungenschaften zu schützen und sowohl die Gleichstellung der Geschlechter als auch die Demokratie zu stärken.

- Oftmals agieren antifeministische und/oder queerfeindliche Verbände, Vereine oder Initiativen unter Aneignung gleichstellungspolitischer Begriffe und sind bei fehlender Information nicht gleich als antifeministisch und/oder queerfeindlich erkennbar bspw. *Forum Soziale Inklusion, Frauenheldinnen e.V., Demo für Alle, Science Files, Forum Mann und Frau, Alfa e.V.* etc. Die GEW Hessen warnt vor diesen Gruppen und positioniert sich gegen deren Fortbildungsangebote für Pädagog*innen und die Verbreitung jeglicher Lehrmaterialien, die das Recht auf körperliche, reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung missachten.
- Zu den antifeministischen Strategien gehört es, Geschlecht zu biologisieren und Menschen auf ihre Körper und damit verbundene Rollenzuschreibungen zu reduzieren. Selbstbestimmung wird in diesem Zusammenhang in emotionalisierten Bedrohungsszenarien als Gefahr für die traditionelle Familie und Kinder gesehen. Die GEW Hessen lehnt diese biologisierenden und naturalisierenden Fremdzuschreibungen aufgrund von Körpern ab und unterstützt das Empowerment von Frauen*, Kindern, Menschen mit Beeinträchtigungen sowie weiteren marginalisierten Gruppen, deren freiheitliche Grundrechte von Antifeminist*innen bedroht werden.
- Um antifeministische Fehlinformationen und Verschwörungserzählungen entlarven und ihnen entgegenwirken zu können, unterstützt die GEW Hessen an Schulen und Hochschulen die Vermittlung feministischer Denkansätze und das Wissen über emanzipatorische Kämpfe der Frauenbewegungen.
- Die Handlungssicherheit von Pädagog*innen soll gestärkt werden, indem sie für antifeministische Narrative sensibilisiert werden und geeignete Argumentationsstrategien in Fortbildungsangeboten erlernen können. Bereits erfolgte Eingriffe in sprachliches Handeln
- wie die so genannten Genderverbote an Bildungseinrichtungen und in Verwaltung sollen rückgängig gemacht werden.
- Antifeministische Argumentationen zielen darauf ab, feministische Positionen als unwissenschaftlich und manipulativ zu disqualifizieren. Die GEW Hessen schützt Wissenschaftler*innen und Pädagog*innen, die sich mit Sexualpädagogik, Frauen- und

Geschlechterforschung befassen, vor Angriffen und öffentlicher Diskreditierung. Sie setzt sich außerdem für den Erhalt der Gender Studies und der Geschlechterforschung ein.

- Neben der allgemeinen Erweiterung der Medienkompetenz sollen Schüler*innen den kritischen Umgang mit Antifeminismus auf Social Media erlernen, damit sie sich gegen die Einflussnahme radikaler Gruppen wie den TradWives, Manosphere, Incels, der Identitären Bewegung und rechten Kampagnen auf X und Tiktok wie bspw. der white Baby Challenge schützen können.
- Insgesamt setzt sich die GEW Hessen gegen jede Verbreitung von Sexismus und Rassismus sowie deren Verschränkung in Bildungseinrichtungen und Gesellschaft ein. Sie wirkt diesen Diskriminierungsformen außerdem proaktiv mit Informations-, Fortbildungs- und Vernetzungsangeboten entgegen und stärkt somit Gleichstellung und Demokratie.